



PROTOKOLL

DER 6. SITZUNG DES EINWOHNERRATES, 8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort	Donnerstag, 29. September 2005 Aula Rhyfallhalle, Neuhausen am Rheinfall	19.00 – 20.15 Uhr
Präsenz	17 Einwohnerräte (ER) 5 Gemeinderäte (GR) Gemeindeschreiberin Aktuarin	
Vorsitz	ER-Präsident August Hafner (SP)	
Entschuldigt	ER Christian Di Ronco (CVP) ER Heidi Knuchel (SVP) ER Jakob Walter (SP)	
Protokoll	Das Protokoll der 5. Sitzung vom 18. August 2005 hat im Ratsbüro zirkuliert. Es liegen keine Beanstandungen vor. Es wird genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.	
Mitteilungen	Keine	
Neueingänge	- Postulat Christian Falk (CVP): Benennung eines Platzes oder einer Strasse nach Heinrich Moser	
Offene Geschäfte	- Postulat Christian Falk (CVP): Neuhausen zeigt Herz für Seebebenopfer in Südostasien - Kleine Anfrage von Thomas Theiler (CVP): Tempo 30 Zone, Rosenberg Süd	
Traktandenliste	<ol style="list-style-type: none"> Bericht und Antrag betreffend Entschädigung und Anstellung der Mitglieder des Gemeinderates Bericht und Antrag betreffend Personalreglement der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall Bericht und Antrag betreffend die 9. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall (Areal Schaffhauser Spielkartenfabrik und Gebiet Birchweg) Bericht und Antrag betreffend Aufhebung des Niveauübergangs Zollstrasse Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Erhöhung der Stellenprozente in der Bauverwaltung Interpellation Felix Tenger: Was passiert mit dem Tiefbauamt Neuhausen? 	

Die Traktandenliste wird genehmigt.



ER-Präsident August Hafner (SP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur heutigen 6. Sitzung des Einwohnerrates in diesem Jahr.

ER Gerhard Schwyn (FDP) wird vom Präsidenten als Ersatzstimmzähler (Ersatz für Heidi Knuchel, SVP) vorgeschlagen und als gewählt erklärt.

TRAKTANDUM 1 Bericht und Antrag betreffend Entschädigung und Anstellung der Mitglieder des Gemeinderates

Eintretensdebatte:

GP Stephan Rawyler

Das neue Personalgesetz des Kantons, das gemäss unserer Ortsverfassung auch in Neuhausen am Rheinfall gilt, hat eine kleine Flut von Änderungen ausgelöst, einerseits wie im zweiten Traktandum betreffend Personalreglement der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall aber eben auch bezüglich der Entschädigung und Anstellung der Mitglieder des Gemeinderates. Die bisherige Basis, auf die sich die heute gültige Verordnung stützt, ist weggebrochen und der Gemeinderat hat deshalb eine neue Verordnung ausgearbeitet. Diese ist recht umfangreich und verweist in verschiedenen Punkten auf das Personalreglement. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass man viele Punkte so oder anders lösen kann und er empfiehlt Ihnen daher eine Kommission einzusetzen, in der diese verschiedenen Punkte geprüft und behandelt werden können. Im wesentlichen geht es darum beim Gemeinderat, dass ein Wechsel von der nicht finanzierten Altersvorsorge des Gemeindepräsidenten zu einer finanzierten durch die Pensionskasse des



Kantons gesucht werden soll. Dies führt eigentlich nur zur Verrechtlichung des heutigen Zustands. Mein Vorgänger war der letzte vollamtliche Gemeinderat, der nicht bei der kantonalen Pensionskasse angestellt war. Der frühere vollamtliche Gemeinderat Hanspeter Hak war bereits bei der kantonalen Pensionskasse. Hansjörg Wahrenberger dagegen wird aus dem Gemeinderatsfonds bezahlt. Der zweite Punkt ist die Absicherung bei einer Nichtwiederwahl. Die heutige Lösung erschien uns eigentlich als zu grosszügig, oder erschien vor allem mir als zu grosszügig, bezüglich des Gemeindepräsidiums. Wir haben Ihnen hier jetzt eine andere Lösung vorgeschlagen. Was bisher ein reiner Papiertiger war, war die Absicherung der nebenamtlichen Gemeinderäte. Die heutige gültige Verordnung verweist ja darauf, dass dieses Risiko bei der Pensionskasse zu versichern sei, aber bei der Pensionskasse kann man dies gar nicht versichern, andererseits ist mit einem Pensum von 50 % eben doch eine gewisse Absicherung von Nöten. Für den Fall des Rücktritts ist ebenfalls eine Regelung zu suchen, die der finanziellen Lage unserer Gemeinde entspricht. Ich habe dies auch aufgeführt im Ihnen vorliegenden Bericht. Ich könnte an sich schon relativ bald eine kleine Rente beziehen. Ich kann Sie aber beruhigen oder Ihnen versichern, dass ich keine Absicht habe in dieser Richtung eine lebenslange Rente zu beziehen, sondern wir denken, dass hier eben auch eine sinnvolle Regelung gefunden werden soll, die sich finanziell verkraften lässt. Neu ist an sich, dass auch die nebenamtlichen Gemeinderäte gewisse Leistungen bekommen sollen, was mit Blick auf die Steigerung des Pensums sicher auch gerechtfertigt ist. Wie ich eingangs bereits gesagt habe, verweisen viele Punkte auf das Personalreglement und deshalb fände ich es sinnvoll, dass eine Kommission eben auch das Traktandum 2 miteinbeziehen würde, so dass nicht die Arbeit doppelt gemacht werden muss. Ich beantrage Ihnen deshalb heute auf diese Vorlage einzutreten und eine Kommission zu bilden. Besten Dank.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Der Gemeindepräsident hat es bereits vorweggenommen. Wir sind jedenfalls dafür, dass man eine Kommission einsetzt. Wir finden es wichtig, dass der Gemeindepräsident jetzt eine Vorlage vorlegt, weil eben, wie es bereits erwähnt worden ist, die neue Grundstruktur des Kantons und auch die neue Struktur des Gemeinderates mit nur einem vollamtlichen Mitglied und den zwei neuen nebenamtlichen Mitglieder des Gemeinderates dazu benutzt wird, über eine korrekte Entschädigung der wertvollen Arbeit nachzudenken, auch wenn sich eigentlich immer mehr Kandidaten zur Verfügung stellen, als Gemeinderatssitze vorhanden sind, was eindeutig beweist,



dass es in Neuhausen ziemlich attraktiv ist, ein auch schon bisher recht bezahltes Amt anzutreten. Das im Gegensatz zu den Randgemeinden. Wir beantragen Ihnen die Einsetzung einer 7er-Kommission, weil die vorliegende Verordnung doch noch einige Fragen aufwirft, die wir in Ruhe diskutieren sollten. Z.B. die Frage, warum die Gemeindemitarbeiter unter 50 Jahre 22 Tage Ferien haben, der Gemeinderat aber 27 Tage. Es wird nachgebessert für die Älteren, aber nicht nachgebessert für die Jüngeren. Oder stimmt es wirklich – das habe ich so ausgerechnet – dass im Gemeinderat wer nach mindestens 12 Amtsjahren nach dem 60-igsten Altersjahr zurücktritt, mit der Übergangsregelung der Pensionskasse ein Einkommen erzielt, das höher ist als sein Lohn während der Arbeit? Solche Fragen müssen wir im Detail und in Ruhe ausdiskutieren, um hier eine gerechte Lösung zu finden. Ich hoffe, dass wir diesmal eine Mehrheit für eine Kommission finden. Wir werden auch kein Referendum ergreifen. Und wir möchten auch diese Arbeit in bilateralen Gesprächen mit dem Baureferenten für das nächste Mal nachholen. Wir versprechen Ihnen, wenn Sie die Kommission nicht einsetzen, dass der Einwohnerrat in der heutigen Sitzung die Kommissionsarbeit macht und dass dies dann sehr lange dauern wird.

ER Felix Tenger (FDP)

Wir haben diese Vorlage mit Interesse analysiert und wir haben auch einige Fragen, die wir einerseits in der Fraktion diskutiert haben aber die wir dann auch einbringen möchten, denn auch wir in der Fraktion sind zur Meinung gelangt, dass es hier auch bezüglich Sitzungseffizienz sicher besser ist, wenn wir eine Kommission bilden würden, sicher mal betreffend Traktandum 1. Vorausschickend, wir finden es grundsätzlich gut, dass der Gemeinderat diese Fragen angegangen ist, dass er die Regelung betreffend voll- und halbamtlichen Gemeinderäten angegangen ist und eine Vorlage vorlegt. Wir sind der Meinung, dass die neuen Regelungen im Grossen und Ganzen einer zeitgemässen Anstellung genügen. Wir sind vor allem auch froh, dass bezüglich der Pensionskassenverpflichtungen eine Lösung vorgeschlagen wird, welche einerseits die Gemeinderäte fair und ausgewogen berücksichtigt, andererseits aber auch nicht mehr auf diesen Ruhegehaltsfond abstützt. Wir haben schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen, dass diese Regelung mit dem Ruhegehaltsfond einfach nicht mehr zeitgemäss ist bezüglich Transparenz und auch bezüglich Risikoverteilung. Wie gesagt, wir haben zur Vorlage im Speziellen noch einige Fragen und wir begrüssen daher resp. unterstützen eine Kommissionsbildung.



ER Christian Schwyn (SVP)

Wir sind dieses Mal auch für eine Kommission. Wir haben in der Fraktion zwar an eine 5er-Kommission gedacht aber ich denke, wir können auch mit einer 7er-Kommission leben. Wir sind für Eintreten auf diese Vorlage.

ER Thomas Theiler (CVP)

Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen und wir unterstützen den Antrag für eine Kommission.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Auch für die ÖBS ist es unbestritten, dass eine Neuregelung der Anstellungsbedingungen notwendig ist. Einzelne Punkte, wie der Umstand, dass es für einen Gemeinderat um die 60 bedeutend lohnender ist zurückzutreten, als das Risiko einer Wiederwahl einzugehen, sollte detailliert und vertieft betrachtet werden. Ein zweiter Punkt, die Spesenregelung für den Gemeinderat ist nicht im vorliegenden Entwurf zu finden, sondern im Personalreglement, das der Gemeinderat selbst abschliessend beschliessen kann über die eigenen Spesen. Wir sind der Ansicht, dass das Spesenreglement ebenfalls in die neue Verordnung aufgenommen werden soll. Wir plädieren für die Bildung einer Kommission und sind für Eintreten.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die soweit gute Aufnahme dieses nicht ganz einfachen Geschäfts und bin gespannt auf die Kommissionsarbeit. Es kann meines Erachtens nicht passieren, dass jemand um das Alter 60 herum eine Rente der Pensionskasse erhält, weil der Gemeinderat eben nicht der Regelung des vorzeitigen Rücktritts unterstellt ist, wie die Gemeindeangestellten. Es gibt für ihn also keine Übergangsrente. Wenn jemand die lebenslange Kürzung in Anspruch nimmt, dann kann er das natürlich. Es ist aber sicher richtig, dass wir das nochmals überprüfen, dass jemand nicht



von einem vorzeitigen Rücktritt profitiert, also dass er mehr verdient, als wenn er tatsächlich etwas tun würde. Das wäre sicher nicht in der Absicht des Gemeinderates. Bezüglich des Spesenreglements ist festzuhalten, dass hier eigentlich nur die bisherige Regelung weitergeführt wurde. Auch bisher hat der Gemeinderat sich selbst grosszügigerweise die Spesen zugesprochen und die Erhöhungen erfolgen etwa so alle 20 bis 25 Jahre. Damit Sie das gleich auch sehen und sie erfolgen auch immer unter Kenntnisnahme der Rechnungsprüfungskommission. Der Gemeinderat kann sich aber auch eine andere Norm vorstellen, wie das geregelt wird.

ER-Präsident August Hafner (SP)

Wir stimmen jetzt darüber ab, ob wir eine 7er-Kommission einsetzen.

ER Peter Gloor (SP)

Ich möchte Sie nun anfragen, wird diese Kommission Traktandum 1 und 2 behandeln? Könnten wir das zuerst bestimmen und dann die Kommission.

ER-Präsident August Hafner (SP)

Ich gebe Ihnen meine Meinung hierzu jetzt bekannt, sonst hätte ich es nach der Einsetzung der Kommission gesagt. Herr GP Rawyler hat in seine Empfehlung eingeschlossen, dass die Kommission auch das Geschäft unter Traktandum 2 behandeln soll und aus einem Votum habe ich herausgehört, dass ein enger Bezug besteht zwischen dem 1. und dem 2. Traktandum. Von daher ist es selbstverständlich sinnvoll, auch dieses 2. Geschäft in der Kommission zu behandeln, zumal eben auch ein Erlass aufgehoben werden muss bei der Kenntnisnahme des Personalreglementes. Das ist verknüpft mit der Aufhebung eines Erlasses. Von daher ist es nötig und sinnvoll, auch dieses Geschäft in der Kommission zu behandeln. Ich habe jetzt vor, über die Einsetzung der Kommission abstimmen zu lassen, die Namen der Kommissionsmitglieder zu notieren und dann gebe ich – wenn es gewünscht wird – noch das Wort frei zum Eintreten auf Traktandum 2. So fahren wir jetzt fort. Wir kommen also zur Abstimmung über die Einsetzung einer 7er-Kommission.



Zur Vorberatung dieses Geschäftes wird mit 17 : 0 Stimmen eine Kommission eingesetzt.

Sie setzt sich wie folgt zusammen:

Christian Di Ronco (CVP), Präsidium

Priska Weber (SP)

Ernst Schläpfer (SP)

Ueli Furrer (ÖBS)

Christian Schwyn (SVP)

Willi Josel (SVP)

Gerhard Schwyn (FDP)



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend Personalreglement der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall

Eintretensdebatte:

ER Priska Weber (SP)

Wir nehmen das Personalreglement zur Kenntnis, jedoch etwas befremdet. Es geht uns um die Stellungnahme des Personals. Uns nimmt hier schon noch Wunder, was das betroffene Personal dazu sagt und ich bin jetzt auch froh, dass wir das verschieben werden um die diversen Fragen noch in einer Kommission abzuarbeiten.

ER Willi Josef (SVP)

Die SVP tritt auf das Geschäft ein.

ER Felix Tenger (FDP)

Die FDP tritt ebenfalls auf das Geschäft ein.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Wir sind dafür, dass man dieses Geschäft der gewählten Kommission zuordnet und wir stellen hiermit diesen Antrag, weshalb wir auch für eine 7er-Kommission sind, weil es doch ein relativ umfangreiches Geschäft ist, wenn man beide Reglemente durcharbeiten muss.



ER-Präsident August Hafner (SP)

Dieser Antrag ist von keiner Seite bestritten. Wir werden nicht darüber abstimmen. Es wird so gemacht.

Das Geschäft wird der unter Ziff. 1 eingesetzten Kommission zur Vorberatung zugewiesen.



TRAKTANDUM 3 Bericht und Antrag betreffend die 9. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall (Areal Schaffhauser Spielkartenfabrik und Gebiet Birchweg)

Eintretensdebatte:

ER Christian Falk (CVP)

Es tut sich was in Neuhausen. Und zwar findet unsere Fraktion in mehrfacher positiver Hinsicht. Mit der Biella-Neher AG kommt gewerbliches Leben und Treiben in das ehemalige Jasskartenareal. Mit einer Umzonung kann erreicht werden, dass attraktiver Wohnraum geschaffen werden kann. Wir denken da natürlich nicht unbedingt nur an Wohngrössen, die für Solitärpendler bestens geeignet sind, sondern auch an grössere familientaugliche Wohnungen von modernem Standard, welche Neuhausen – und gerade an solch vorzüglicher Lage – dringend nötig hat. Da das erwähnte Areal bzw. die drei benachbarten Grundstücke 1071, 1073 und 1076 bereits an Gebiete mit hohem Wohnanteil grenzen, passt das fehlende Puzzlestück perfekt in die klaffende Lücke. Für uns ist es nachvollziehbar, dass anno 1988 dem einstigen Gegenantrag der AGM Müller, die geplante Umzonung des Areals in eine Gewerbezone zu unterlassen, seinerzeit entsprochen wurde. Die Zeiten haben sich geändert, daher erachten wir es als sehr sinnvoll, die geplante Umzonung vorzunehmen. Ebenfalls wohlwollend stehen wir der Umzonung des Grundstückes 3605 am Birchweg gegenüber. Es ist sinnvoll, dass das brachliegende Landstück in eine Wohnzone III zurückgestuft wird. Bereits haben die Anliegen des Naturschutzes berücksichtigt werden können. Schön, wer an dieser herrlichen Lage eine Wohnung beziehen oder gar kaufen kann. Bedenklich jedoch, dass unsere Gemeinde andererseits über immer weniger Landreserven verfügen kann. Da sämtliche umzuzonende Grundstücke der Quartierplanpflicht unterstellt werden sollen, kann die Fraktion der CVP den Anträgen bedenkenlos zustimmen.



ER Patrick Waibel (SVP)

Die Fraktion der SVP befürwortet die Zonenplanänderung im AGM Müller Areal. Die Möglichkeit für attraktive Wohnungen im Zentrum und Nähe Bahnhof bietet sich an. Einen Quartierplan finden wir sinnvoll, damit nicht planlos gebaut wird. Dem Zonenplan im Birchweg stimmen wir ebenfalls zu und haben noch einige Fragen in der Detailberatung.

ER Nil Yilmaz (SP)

Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage entstanden in der Gemeinde Neuhausen in den letzten Jahren viele verwaiste Grundstücke. Wir wünschen uns für die Zukunft, dass durch die Umzonung viele neue innovative Ideen entstehen und z.B. die verwaisten Hallen der AGM Müller bald wieder mit neuem Leben gefüllt werden. Die SP Fraktion stimmt dem Umzonungsantrag zu.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS stimmt beiden Anträgen zu. Zum einen wird die zeitgemässe sinnvolle Nutzung einer Industriebrache ermöglicht. Zum anderen können an beiden Standorten attraktive Wohnmöglichkeiten geschaffen werden. Aus raumplanerischen Gründen bin ich der Ansicht, dass verdichtetes Bauen anzustreben ist.

ER-Vizepräsident Markus Anderegg (FDP)

Auch die FDP stimmt dieser Sache mit Freude zu. Wenn man den Zonenplan im Ortszentrum betrachtet, wo jetzt die AGM Müller, die Spielkartenfabrik, steht, ist es sowieso eigentlich ein Fremdkörper mit der Industriezone III und es ist gut so, dass aus dieser Industriezone III eine Kernzone II wird. Es wurde schon mehrmals erwähnt, dass das eine attraktive Lage ist, um Wohnraum zu bieten. Nähe Bahnhof und sehr zentrumsnahe und erst noch schön gelegen, zum Teil in den vorderen Bereichen noch mit Rheinsicht. Also da gibt es eigentlich nichts zu nörgeln und es bedeutet auch eine grosse Chance für die Gemeinde, dass hier eine positive Entwicklung



in Gang gesetzt wird. Die Landparzelle am oberen Birchweg ist eigentlich eines der wenigen Wohnentwicklungsgebiete, das die Gemeinde Neuhausen noch hat in dieser Form. Ausser vielleicht dem SIG Areal, dort aber in ganz anderer Form für den Wohnraum und es ist durchaus auch hier wünschenswert, dass sich Wohnraum bildet, weil die Parzelle als öffentliche Nutzung sicher nicht mehr von Nöten ist und die Parzelle einfach grün lassen, wenn wir Wohnungen bauen könnten, wäre auch schade. Ausserdem bringen wir mit dieser Umzonung finanzielle Mittel in die Gemeindekasse, die wir wirklich gebrauchen können, um an verschiedensten Orten und verschiedensten Belangen die Gemeinde wieder aufwerten zu können. Es ist eigentlich dann auch nicht ein Verschern von Gemeindegut. Es ist ein Umplatzieren von Vermögenswerten, weil wir an anderer Stelle in Infrastrukturprojekte oder z.B. in die Zentrumsverschönerung und das Laufenareal investieren können. Überall brauchen wir mehr Geld. Und somit können wir dieses Geld dann sinnvoll umplatzieren, wie wir dann so schön sagen könnten. Die FDP ist auch dafür, dass diese beiden Geschäfte so ausgeführt werden und stimmt dem zu.

GP Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme dieser beiden Zonenplanänderungen. Es ist dem Gemeinderat bestens bewusst, dass wir nun wirklich an eine umfassende Überprüfung des Zonenplans und der Bauordnung gehen müssen und die ersten Schritte sind hier bereits eingeleitet worden. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Aussage von Ueli Furrer, dass verdichtetes Bauen angesagt sei. Namentlich die Parzelle 3605 ist eine Parzelle, die sich bestens eignet für hochwertigen Wohnungsbau, wie es eigentlich auch die CVP gesagt hat, etwas anders sieht es aus auf dem Areal der AGM Müller, das seit längerer Zeit der Biella-Neher AG gehört. Dort wird man sicher andere Schwerpunkte setzen müssen.

Detailberatung:

ER Willi Josef (SVP)

Seite 3:

Also auch wir sind der Meinung, dass wir nicht nur beim Spielkartenareal gute Karten haben, wir haben sie auch dort draussen. Es ist sicher sinnvoll, diese Zone, die bis jetzt eigentlich für



öffentlich Bauten eingezont ist, jetzt aufzuheben und dort Wohnungen zu bauen. Es stellen sich für uns einfach ein paar Fragen. Meines Wissens gibt es dort ja Pachtverträge. Wir möchten gerne wissen, wie sieht der Gemeinderat den Zeitraum, bis dort überhaupt gebaut werden kann? Wie lange bestehen und laufen diese Pachtverträge noch? Und allenfalls, wie ist man bereit, diese Pachtverträge abzulösen, wenn gebaut wird, bevor der Vertrag ausläuft? Hat man sich hier Gedanken gemacht oder gibt es hier irgendwelche Möglichkeiten dem Pächter Realersatz zur Verfügung zu stellen? Ich stimme Christian Falk zu, dass sich etwas tut in Neuhausen, wenn man die Seite 10 der Legislaturziele ansieht, dann läuft etwas. Ich finde das auch sehr gut. Wir haben allerdings den Eindruck – ich möchte das nicht negativ verstanden wissen - dass im Moment ein wenig planlos gebaut bzw. umgezont wird. Auch wir begrüssen es, wenn man sich die Frage stellt und man die gesamten Bauzonen ansieht für die gesamte Gemeinde. Wenn ich den Gemeindepräsidenten richtig verstanden habe, dann geht's in diese Richtung, wenn nein, werden wir uns allenfalls überlegen, hier mit einer Motion oder einem Postulat etwas nachzuhelfen. Im Grossen und Ganzen, wenn diese Fragen für uns zufriedenstellend beantwortet werden, werden wir diesen Anträgen auch zustimmen.

GP Stephan Rawyler

Die Zonenplanrevision steht nicht nur in den Legislaturzielen, sondern wir sind da auch an der geistigen Arbeit. Die hat begonnen. Die Umzonungen, die sie in der Vergangenheit erhalten haben, passen durchaus in das neue Konzept, das wir vorhaben. Also es gibt hier keine Überraschungen. ER Markus Anderegg hat es vorhin richtigerweise gesagt. Die Industriezone in diesem faktischen Wohngebiet ist eigentlich am falschen Ort gewesen. Es war damals der ausdrückliche Wunsch der AGM Müller, die befürchtete sie könne nicht mehr produzieren. Aber die Zeiten haben sich auch dort geändert. Am Birchweg war das ja vorher schon eine Wohnzone, genau die gleiche Wohnzone III. Und dann kam man irgendwann auf den Gedanken, man könne an diesem wunderschönen Flecken einen Werkhof machen. Man soll sich das mal vorstellen, einen Werkhof. Also der Lastwagen und der Kehrriechwagen hätten wirklich einen tollen Platz gekriegt und da muss ich also schon sagen, das ist nicht richtig. Der Pachtvertrag, wenn Sie der Umzonung zustimmen, wird dieses Jahr noch gekündigt. Auf Ende 2006. Das ist das frühestmögliche Datum. Wenn früher gebaut werden soll, dann müssten wir mit dem Pächter – der meines Wissens jetzt auch in diesem Raum ist – über eine Ablösung sprechen. Mit dem Realersatz wird es vermutlich nicht ganz einfach werden. Es dürfte Ihnen bekannt sein, dass es



sich die Neuhauser Bauern nicht einfach machen, das vorhandene Land unter sich aufzuteilen, das die Gemeinde verpachten kann. Das Baureferat wird aber sicher gerne Hand bieten für eine Vermittlung. Aber einfach wird das nicht werden, das ist uns klar. Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass sich der Pächter auch bewusst war, es war eine Zone für öffentliche Bauten. Man musste also jederzeit damit rechnen, dass da und dort etwas gebaut wird, weshalb auch eine kurze Kündigungsfrist in diesem Pachtvertrag vorgesehen ist.

GR Franz Baumann

Ich möchte nur etwas berichtigen. Meines Wissens läuft der Pachtvertrag so oder so Ende 2006 aus. Der Pächter ist meines Wissens Alex Weber.

Anträge:

1. Umzonung der Grundstücke GB Nrn. 1071, 1073 und 1076, begrenzt durch die Bahnhofstrasse, Austrasse, Freyastrasse und den Rabenfluhstiege von der Industriezone III in die Kernzone II mit Quartierplanpflicht.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen angenommen.

2. Umzonung von Grundstück GB Nr. 3605 am Birchweg von der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen in eine Wohnzone III mit Quartierplanpflicht.

Der Antrag wird mit 17 : 0 Stimmen angenommen.

Diese Beschlüsse unterstehen gemäss Art. 14 lit. a und Art. 25 lit. e der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 100.1) dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 4 Bericht und Antrag betreffend Aufhebung des Niveauübergangs Zollstrasse

Eintretensdebatte:

ER Brigitte Götze (SP)

Tatsache ist, die Kosten für das vorliegende Projekt sind für alle Beteiligten sehr hoch, was die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei nicht gerade mit Begeisterung zustimmen lässt. Tatsache ist aber auch, dass das geplante Bauvorhaben schon seit langer Zeit wünschenswert und dringend notwendig ist. Die Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer wird wesentlich verbessert, aber auch für den öffentlichen Verkehr sind positive Änderungen vorgesehen. Nach Fertigstellung muss der Trolleybus nicht mehr vor der heruntergelassenen Barriere warten und der Fahrplan kann problemlos eingehalten werden. Angenehmer Nebeneffekt ist, dass es bei dem ohne Zweifel in Stosszeiten sehr hohen Verkehrsaufkommen, sei es nun hausgemacht oder nicht, keine Staus in beide Richtungen mehr geben wird und somit auch weniger Abgase entstehen werden. Mit dem geplanten Bauvorhaben und der Attraktivierung des Haltepunktes Bahnhof Neuhausen am Rheinfall werden aber auch die notwendigen Voraussetzungen für den Halbstundentakt der DB geschaffen. Um das Zu- und Aussteigen von Pendlern in Richtung Basel zu ermöglichen, wäre es wünschenswert und angebracht, dass Schnell- bzw. InterRegio-Züge in beide Richtungen wieder in Neuhausen am Rheinfall halten. Mit der Verlegung der Perrons kann eine Park und Ride Zone erstellt werden. Das Anbringen von schallabsorbierenden Wänden in der Unterführung führt zur Dämpfung des Autoverkehrslärms und wird dadurch dazu beitragen, die Lebensqualität der umliegenden Wohnquartiere bedeutend zu verbessern, fällt gleichzeitig doch auch das laute Ankündigen der Schrankenschliessung weg. Alles in allem sind wir für Eintreten, stellen aber den Antrag auf eine 7er-Kommission, um diverse Anliegen und Vorschläge unsererseits einbringen zu können.

Noch eine kurze Bemerkung zur Beilage 1: Es ist beinahe eine Zumutung, den Unterschied zwischen den diversen Gelbefärbungen herausfinden zu müssen.



ER-Vizepräsident Markus Anderegg (FDP)

Auch die FDP hat das Projekt als etwas teuer titulierte, aber wahrscheinlich ist es nötig, weil wir einfach grosse Probleme an diesem Knotenpunkt haben. In erster Linie sehen wir das Projekt eigentlich nicht als ein Strassenprojekt sondern als öffentliches ÖV Projekt, weil vor allem der Halbstundentakt der DB im Raum steht und die Barriere, wenn das nicht weggemacht würde, doppelt so lange geschlossen wäre und sie ist ja heute schon ewig zu. Die Fussgänger profitieren davon, wie schon erwähnt worden ist. Der Bus bleibt stehen, wenn die Barriere unten ist u.s.w. u.s.f. Erfreulich ist ja dazu zu sagen, dass die DB einen grossen Brocken an diesen finanziellen Aufwand investiert und das ist für uns eigentlich ein grosses Zeichen, dass diese Linie Basel – Singen offenbar doch sehr attraktiviert wird und nicht wie vor wenigen Jahren eigentlich schon befürchtet worden ist, bald geschlossen wird oder nicht mehr gepflegt wird. Das finden wir eigentlich sehr erfreulich und auch sehen wir, dass die DB eigentlich wirklich Geld in die Hand nimmt. Das ist eigentlich ein sehr gutes Zeichen, dass sie es ernst meinen. Wie gesagt, viel Geld, aber Neuhausen kommt eigentlich noch gut weg mit den Fr. 5 Mio. bei Fr. 24 Mio. Gesamtsumme. Zu beachten ist eigentlich dann nur noch, dass wir wiederum – wir haben das ja eigentlich schon beim Kreisel Scheidegg bemerkt – die Trolleybuslinien also die elektrischen Leitungen von unseren Busbetrieben sehr viel Geld kosten, wenn man diese Umlegen muss. Beim Kreisel Scheidegg, wo's nicht anders möglich ist, sind es über Fr. 200'000.— und so was ich jetzt gehört habe, ist es bei diesem Projekt um die Fr. 500'000.—. Da müssten wir schon noch darauf hinweisen, dass wir uns noch überlegen müssen, wollen und sollen, wie wir diese Trolleybusse noch in Zukunft halten werden. Ich denke, da gibt es auch andere Lösungen. Ich möchte das nicht falsch verstanden haben. Ich bin nicht gegen den Trolleybus, aber wenn wir da an jeder Kreuzung bis eine halbe Million investieren müssen und immer wieder dieses Problem diskutieren müssen, dann sind wir gut daran, dass wir das heute oder in dieser Kommission, vor diesem grossen Projekt, vielleicht das mal grundsätzlich auch einbringen, dass wir das auf andere Art angehen könnten. Die FDP ist für Eintreten und möchte auch eine Kommission bilden. Bei so viel Geld müssen wir schon noch ein bisschen darüber reden.



ER Willi Josel (SVP)

Der Übergang an der Zollstrasse ist kein Projekt, das man isoliert betrachten muss, sondern es ist ein Teil eines Gesamtkonzepts, das der Kanton durchsetzen will zusammen mit dem Klettgau. Die Klettgauer wünschen eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs und das bedingt natürlich eben den Ausbau auf zwei Spuren, das bedingt dann in der Folge die Elektrifizierung der DB und die wird kommen und wir haben es alle schon gehört und wir wissen es alle, wenn der Halbstundentakt kommt, dann sind die Barrieren – ich sag's jetzt übertrieben – praktisch andauern geschlossen, es kommt vielleicht auch mal ein Lastenzug u.s.w. Also wir müssen diesen Knoten lösen, wir müssen dort etwas bauen. Es gibt etliche Fragen, die da zu stellen sind, auch Detailfragen. Brigitte Götze hat da bereits einige angeschnitten und es gibt noch einige mehr. Ich kann Ihnen noch berichten, dass im Kanton auch eine Kommission läuft zu diesem Thema und wir werden morgen eine erste Sitzung haben und werden dort über die beiden Vorlagen Zollstrasse und über den Kanton befinden. Wir werden dort darauf eintreten. Die SVP tritt selbstverständlich auch hier ein auf dieses Geschäft Zollstrasse und auch wir stimmen selbstverständlich einer 7er-Kommission zu.

ER Christian Falk (CVP)

In diesem Sinne schliessen wir uns auch an.

ER Ueli Furrer (ÖBS)

Die ÖBS möchte zwei grundsätzliche Bemerkungen an den Anfang stellen. Jeder Ausbau von Verkehrsanlagen zieht unweigerlich mehr Verkehr an. Eine beträchtliche Anzahl von Stadtschaffhausern, welche per Auto nach Zürich fahren, benützen zur Zeit wegen der Barriere an der Zollstrasse die A4 nach Winterthur. Fällt diese Barriere weg, ist eine merkliche Verkehrszunahme auf der Zollstrasse zu erwarten, die später noch zusätzlich verstärkt wird durch den Galgenbuckeltunnel. Zum zweiten bestreitet die ÖBS ausdrücklich die Notwendigkeit der Aufhebung des Bahnüberganges als Voraussetzung für den Halbstundentakt auf der Klettgauerlinie. Wir haben bereits zwei Gleise auf dieser Strecke im Abschnitt Neuhausen und als



Beispiel möchte ich Uster erwähnen, da verkehren drei S-Bahnlinien im Halbstundentakt plus noch Zusatzzüge zu den Stosszeiten und es gibt keine Unterführung Richtung Autobahn. Es ist keine ideale Situation, ganz klar, aber es geht. Das Projekt selbst ist gut ausgearbeitet und bringt allen Beteiligten gewichtige Vorteile. Mehr Sicherheit für den Langsamverkehr, die Bahn kann schneller fahren, die Wartezeit entfällt, der Stau wird sicher verlagert, unmittelbare Anwohner können mit einer Reduktion rechnen in Bezug auf Abgas und Autolärm. Es entsteht eine neue Fläche, welche neue Funktionen übernehmen kann. Die Fussgänger, die müssen zwar unter den Boden, erhalten aber eine klare Abtrennung von der Fahrbahn, was auch eine Verbesserung ist. Bedeutende Verbesserungen gibt es für die Velofahrenden, sie bekommen eine neue separate Spur, eine Neugestaltung des Übergangs Kreuzstrasse, das ist eine Verbindung, welche von Schülern sehr oft befahren wird und zur Zeit in Richtung Rosenbergschulhaus sehr gefährlich ist. Auch eine alte Forderung der Velofahrer wird erfüllt, nämlich eine direkte Verbindung Klettgau – Zentrum, die Überquerung der Zollstrasse entfällt und für die ÖV Benützer ergeben sich meistens kürzere Wege und der Halbstundentakt ist für die ÖBS ganz klar eine Sache, die sie stark unterstützen wird. Noch eine kleine Bemerkung. Die ÖBS möchte anregen, in der Volksabstimmung mutig und mit offenen Karten zu spielen, indem die Werkleitungen in den Abstimmungsbetrag aufgenommen werden. Juristisch buchstabengerecht korrekt ist es die Werkleitungen als gebundene Ausgaben anzuschauen, aber es ist eben nur an eines gebunden, nämlich an dieses Projekt. Wird das Projekt abgelehnt, brauchen wir auch keine Werkleitungen zu verlegen. Die Unterführung kostet die Steuerzahler Fr. 5 Mio., ein guter Preis im Vergleich zu den Fr. 24 Mio. Die ÖBS denkt es wäre sinnvoll, auch über Fr. 5 Mio. abstimmen zu können, nicht nur über Fr. 2.9 Mio. und der Gemeinderat schlägt dann noch Fr. 2.1 Mio. oben drauf. Für die ÖBS überwiegen die Vorteile der Vorlage und sie stimmt für Eintreten und Bildung einer Kommission.

GP Stephan Rawyler

Die Unterführung Zollstrasse ist ein sehr gewichtiges Projekt. Seit Jahrzehnten wird darüber gesprochen, wie eine Lösung hier aussehen könnte. Nicht mehr ganz junge Ratsangehörige mögen sich vielleicht schwach daran erinnern, dass das Projekt eines Übergangs vorhanden war. Es wäre irgendwo im 2. Stock des Restaurants "Neue Welt" angelangt und wenn man das vergleicht mit jener Lösung ist nun dieser Vorschlag wirklich um Quanten besser. Es wird das gesamte Quartier entlasten von Lärm aber auch die Luft wird deutlich verbessert. Ob tatsächlich mehr Verkehr sich einstellt wird sich zeigen, denn in absehbarer Zeit wird der Galgenbucktunnel



kommen und dann wird der schnellere Weg nach Zürich über die A4 führen und nicht über die A4 und dann über die Zollstrasse. Das wird ein Umweg sein. Wir haben nach wie vor die Lichtsignalanlage im Bereich Kreuzstrasse stehen. Ueli Furrer hat an sich recht, der Halbstundentakt braucht diese Unterführung nicht. Insofern bin ich mit ihm einig. Aber was passiert, wenn wir den Halbstundentakt haben? Der Zug kann natürlich tatsächlich fahren, dafür ist es kein Hindernis. Wir können nicht mehr fahren. Das ganze Quartier jenseits der Barriere wird abgeschnitten. Die Schliesszeiten der DB sind eben nicht ganz so, wie diejenigen der SBB. Sie werden viel früher zugemacht. Da sind halt die Badischen Reichsbahn-Vorschriften nach wie vor gültig. Das können wir hier in Schaffhausen schlechthin nicht ändern. Der zweite Punkt ist darauf hinzuweisen, dass die DB zur Zeit nicht mit der vollen Geschwindigkeit fahren kann. Sie haben sicher davon gelesen, dass das Drehgestell und die Räder in Verdacht stehen, dass diese bei einer höheren Geschwindigkeit Risse bekommen könnten und dass sich wieder ein schweres Unglück ereignen könnte. Ich bin überzeugt, dass die deutschen Ingenieure hier eine Lösung finden werden. Dann fährt man wieder mit der vollen Geschwindigkeit, die die Fahrzeuge an sich aushalten würden. Das bedeutet schlechthin wieder längere Schliesszeiten. Und das ist eben auch der Grund, dass die Barrieren hinuntergehen und es kommt kein Zug, es kommt kein Zug und es kommt immer noch kein Zug, man wartet. Das ist eben der Unterschied zu den SBB, die offenbar knapper kalkulieren. Und insofern hängt dieser Halbstundentakt, der eben kommen muss vom Klettgau her, tatsächlich mit dieser Unterführung zusammen. Denn im Klettgau ist vorgesehen, dass es keine Busse mehr in Richtung Schaffhausen gibt, sondern nur noch die Bahn und dafür aber dann das Drehkreuz über Neunkirch mit dem Takt und das reicht dort dann genau mit dem Bus. Wenn aber jetzt das kommt und das ist nicht mehr irgendeine Theorie sondern das kommt tatsächlich, dann sehen wir, dass wir massive Probleme bekommen auf der Linie 1 und da muss man tatsächlich etwas machen. Der zweite wichtige Grund für uns Neuhauser ist auch, dass die wichtigen Wohnquartiere in diesem Bereich massiv belästigt werden mit diesem Lärm. Auch weit auf der anderen Seite, Richtung Alusuisse und Richtung Beringen hört man dieses rhythmische und charakteristische Geräusch (Tak-tak), wenn die Autos über die Schienen fahren und das ist auf Dauer sicher nicht so gut. Ein kritischer Punkt und eine intensive Diskussion mit dem Kanton löst ja aus: Wie soll die Bauphase vor sich gehen? Wir sind eigentlich der Ansicht, dass die Lösung, die wir favorisiert haben und womit wir den Kanton von der Richtigkeit überzeugen konnten, Badische Bahnhofstrasse kurzzeitig eben öffnen für den gesamten Verkehr und so ausbauen, dass das richtig ist. Der Vorteil ist, dass wir bei der Einmündung in die Klettgauerstrasse künftig ein Lichtsignal haben werden, das dann dort stehen bleibt. Damit ist es namentlich für die Alcan möglich, künftig problemlos hinauszufahren. Damit ist auch der Standort



Alcan eher gestärkt als geschwächt worden. Ich denke, dass diese Bauphase schwierig wird, dass diese belastend wird für das Quartier, dass aber der Gewinn nachher das aufheben dürfte. Die FDP hat zurecht darauf hingewiesen, 1/3 des Preises ist bezahlt, eigentlich könnte man vom Nettopreis Fr. 16 Mio. ausgehen. Das zahlen wir als Schaffhauserinnen und Schaffhauser und nichts anderes. Die anderen Fr. 8 Mio. bezahlt Deutschland und da denke ich macht es wenig Sinn, wenn wir eine andere Praxis fahren als bis anhin und auch der Kanton fährt. Wir haben die gebundenen Ausgaben im erläuternden Bericht zwar erwähnt, das gehört zur Fairness, aber abstimmen muss man natürlich nur über den Betrag, der eben nicht gebunden ist, das wird auch der Kanton so handhaben. Das hat man auch in der Vergangenheit immer so gesagt. Es ist klar, dass die gebundenen Kosten auch bezahlt werden müssen. Insofern hat Ueli Furrer recht, aber die Abstimmung kann meines Erachtens über diese Fr. 2.9 Mio. erfolgen. Das ist der Betrag, den wir tatsächlich bezahlen müssen. Die gebundenen Ausgaben werden früher oder später aber auch kommen. Ein Teil dieser Leitungen wird nicht jünger werden. Grundsätzlich ein interessanter Gedanke der SP, dass man den Zug halten lassen soll. Die Linie geht natürlich nicht nur nach Singen. Zur Zeit geht sie bis Ulm und eigentlich würde sie bis nach Lindau gehen, wenn das zwischen Radolfzell und Lindau wieder funktionieren würde, aber Ulm ist für uns eigentlich besser. Man kann das sicher vorschlagen, aber aufgrund der heutigen Zahlen, wie viele Leute da ein- und aussteigen, hätte ich allerdings ein bisschen Mühe, das mit voller Inbrunst zu vertreten, man solle dort halten, aber es gäbe strategische Möglichkeiten, das in Zukunft so zu machen, aber dieser Zug fährt auch in Deutschland an einigen grossen Städten vorbei ohne zu halten und die Umsteige- und Aussteigezeiten, der Regierungsrat des Kanton Schaffhausen kann ein Liedlein davon singen, sind äusserst knapp, auch der Fahrplan ist sehr knapp bemessen. Der Zug hat heute Dauerverspätung auf dieser Linie, deshalb möchte ich hier wirklich keine Hoffnungen machen. Aber die Regionalzüge könnten natürlich durchaus für Personen in diesem Gebiet wieder attraktiver werden, um wirklich blitzschnell in 2 bis 2 ½ Minuten in der Stadt zu sein. Viel schneller als mit der Linie 1. Insofern denke ich, ist das auch für uns eine Chance, dass wir weiterhin diesen Haltepunkt in Neuhausen am Rheinfall haben. Ich begrüsse auch sehr, dass sie eine Kommission bilden, auch wenn ich jetzt viel beschäftigt sein werde mit Kommissionen. Aber ich denke es ist richtig, es ist ein grosser Betrag und es ist ein wichtiges Projekt und man sollte das wirklich gut anschauen. Besten Dank.



ER-Präsident August Hafner (SP)

Alle Sprecherinnen und Sprecher der hier vertretenen Parteien haben sich für die Einsetzung einer 7er-Kommission ausgesprochen. Zur Entlastung der Stimmenzähler lasse ich hierüber nicht mehr abstimmen und erkläre die Kommission als eingesetzt.

Die Kommission zur Vorberatung dieses Geschäftes setzt sich wie folgt zusammen:

Peter Gloor (SP), Präsidium

Priska Weber (SP)

Ueli Furrer (ÖBS)

Rolf Forster (SVP)

Willi Josel (SVP)

Markus Anderegg (FDP)

Thomas Theiler (CVP)



TRAKTANDUM 5 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Erhöhung der Stellenprozente in der Bauverwaltung

Eintretensdebatte:

ER Peter Gloor (SP)

Wir sind uns bewusst, dass wir diesen Bericht nur zur Kenntnis nehmen können. Gerne hätten wir doch eine aktuelle Liste gehabt, wer was auf der Gemeinde macht, die Liste, die ich zuletzt bekommen habe, hat wohl nichts mit dem Baureferat zu tun, aber hier hat's noch von der Feuerwehr Leute drauf, die nicht mehr am Ruder sind. Das wäre vielleicht für die nächste Sitzung im Einwohnerrat, dass sie die für uns auflegen würden. Wir haben halt viel zwischen den Zeilen gelesen in diesem kleinen Bericht, den wir dem Gemeinderat recht herzlich verdanken. Uns hätte noch interessiert, wie die Bauverwaltung dann aufgeteilt wird. Wer ist Chef? Ist hier Franz Baumann der Chef oder ist Bauverwalter Kurer der Chef, wenn hier noch ein Architekt angestellt wird oder wie soll denn das funktionieren? Das haben wir zwischen bzw. auf den Zeilen gelesen, aber wir möchten gerne wissen, wie das in Wirklichkeit funktioniert d.h. im wirklichen Leben umgesetzt wird.

ER Christian Schwyn (SVP)

Ja, Peter Gloor hat mir jetzt gerade aus dem Herzen gesprochen. Das sind die Fragen, die wir in unserer Fraktion auch gestellt haben und gerne beantwortet haben möchten.

ER Walter Herrmann (FDP)

Es ist interessant. Meine Notizen lauten in die selbe Richtung. Es geht bei uns auch noch um die Frage: Wurden auch Synergiemöglichkeiten mit Beringen und Schaffhausen abgeklärt? Rein instinktiv sehen wir Probleme, eine so hoch qualifizierte Fachkraft zu finden. Wo wird die in der



Bauverwaltung eingegliedert? Kann man ihr später mal eine Karriere anbieten? So einfach findet man ja nicht qualifizierte Leute. Das wären noch unsere Fragen dazu.

ER Ernst Schläpfer (SP)

Im Gegensatz zu Peter Gloor bin ich nicht ganz so sicher, ob wir denn diesen Bericht einfach nur so zur Kenntnis nehmen können. Ich nehme einmal an, nachdem praktisch 10 Monate lang eine Stelle vakant gelassen werden musste in einem Gebiet, wo man sehr viel arbeiten musste, man offensichtlich aber zugewartet hat, relativ viel Arbeit anfällt. So muss ich annehmen, dass sich der Gemeinderat wohl etwas überlegt hat, wenn er schreibt 80 % bis etwa 100 % und eher in Richtung 100 % geht. Und wenn das 100 % ist, was für eine Fachkraft normal ist, dann wäre es nicht mehr in der Kompetenz des Gemeinderates und dann wäre es nicht zur Kenntnisnahme sondern dann müssten wir diese Stelle bewilligen und darum möchte ich den Gemeinderat fragen, ist es jetzt 80 %, 90 % oder 100 %. Wenn es 100 % ist, was ich vermute und langfristig wohl auch notwendig ist, dann soll er bitte den Bericht zur Kenntnisnahme zurücknehmen und uns eine Vorlage zur Bewilligung der Stelle unterbreiten.

GP Stephan Rawyler

Ich möchte diese Frage gleich beantworten. Es hat ein Übertrag stattgefunden des Pensums des Bauverwalters von 20 % auf mein Referat. Damit haben wir im Baureferat 20 % weniger. Dann war bewilligt 60 %, eine Stelle, die eben nicht besetzt war und im letzten Stellenplan drinnen war, somit haben wir 80 % und gemäss Verfassung dürfen wir im Einzelfall eine Stelle machen bis zu 30 %, damit sind wir also auf jeden Fall auf der sicheren Seite, weswegen wir Ihnen keine Vorlage unterbreiten müssen bezüglich der Bewilligung. Es ist mir aber auch klar, dass an der nächsten Sitzung der Stellenplan ansteht und sie dann natürlich eine andere Aufteilung machen könnten, aber wir befinden uns da absolut innerhalb der Ortsverfassung.



ER Ernst Schläpfer (SP)

Danke, das ist ziemlich juristisch, was der Gemeindepräsident jetzt gesagt hat. So kann man es natürlich auch auslegen, um alle Ecken herum. Ich begreife das, dass das so geht. Ich bin auch nicht böse, aber ich finde die 100 % angebracht und ich finde es ein bisschen juristisch, dass man jetzt darauf pocht, dass das nur zur Kenntnisnahme ist.

ER-Präsident August Hafner (SP)

Ich habe in unserer Verfassung nachgelesen, während des Votums unseres Gemeindepräsidenten. Ich kann das Gesagte rechtlich nachvollziehen.

GR Franz Baumann

Es sind einige Fragen gestellt worden, die meine Abteilung betreffen. Ich muss vorausschicken, die Pensenerhöhung wäre schon lange nötig gewesen. Wir haben, wie wir es im Bericht erwähnt hatten, versucht über das RAF und über das Arbeitslosenprogramm geeignete Leute zu finden und haben eine Person auch eingestellt gehabt, aber die hat sich nicht bewährt. Aufgrund dessen haben wir uns überlegt, wie können wir weitergehen und wir sind zur Überzeugung gekommen, es kann nur sein, indem wir eine hochqualifizierte Kraft suchen. Ich kann die Frage vielleicht vorab beantworten, die Herr Schläpfer gestellt hat. Warum 80 % bis 100 %? Das hat einen ganz bestimmten Grund. Aufgrund diverser Gespräche mit Firmen, die Leute vermitteln, wurde uns gesagt, dass es sehr viele hochqualifizierte junge Leute gibt, die Teilzeitpensen arbeiten möchten, d.h. wenn z.B. ein junges Ehepaar da ist, dann möchte der Mann oder die Frau 80 % arbeiten und sich 20 % der Familie widmen. Kann für beide zutreffen. Das wurde mir auch vom RAF mehrere Male gesagt, als wir da jemand suchten und deshalb haben wir das so gemacht. Es ist also nicht so, dass wir von vornherein auf 100 % tendieren. Das wäre zu dieser Frage. Dann betreffend dem neuen Organigramm. Da kann ich Peter Gloor beruhigen. Das wird kommen, sobald dieser Mann oder diese Frau eingestellt ist. Die Aufteilung der Referate. Das sehen Sie auch in unserem Bericht zur Kenntnisnahme, wird so sein, dass alles, was Baubewilligungen betrifft, diese neue Person übernehmen wird. D.h. es sind die Prüfung von Baugesuchen, die Prüfung von Wärme-



dämmungen, Baukontrollen auch bei der Wärmedämmung die Kontrollen u.s.w. das wäre auf der Seite Baubewilligung, das ist ganz klar, das Inserat ist auch so aufgesetzt. Wir suchen jemand, der diese Sparte macht und das wird nachher nicht mehr durch Herr Kurer gemacht sondern durch diese neue Person. Im Bereich Hochbau und Gebäude geht es darum für den Bereich Baubewilligung von Herr Kurer. Die haben bis heute, seit 8 Jahren, überhaupt keine Stellvertretung. Wenn Herr Kurer oder Herr Graf ausfällt, dann haben wir niemand, der das bewältigen kann. Früher war das möglich, weil der Baureferent einen 100 % Job hatte und erst noch ein ausgewiesener Architekt war. Dieser Zustand ist unhaltbar und es ist zwingend nötig, dass wir das machen. Bei den Gebäuden wird es so sein, dass bestimmte Gebäude zwischen dem neuen Mitarbeiter und Herr Graf aufgeteilt werden. Ich kann Ihnen im Moment nicht sagen, wer die Schulhäuser übernimmt oder wer die Altersheime übernimmt etc. Das wird abhängen von der Qualifikation der Person, die wir suchen. Zu der Unterstellung, das ist eigentlich die wichtigste Frage. Die neue Person wird im Moment und wahrscheinlich auf längere Zeit direkt mir unterstellt werden. Ich bin dann der Chef dieses neuen Mitarbeiters. Es ist ja heute schon so, dass die Mitarbeiter der Bauverwaltung mir direkt unterstellt sind. Das wird so bleiben. Es wird sich bei mir etwas ändern, dass sich meine Arbeitszeit innerhalb der Gemeinde ändern wird und ich eine höhere Präsenz tagsüber auf der Gemeinde haben werde. Dann die Frage von Walter Herrmann betreffend Synergien mit der Stadt und dem Kanton. Betreffend Hochbau haben wir diverse Gespräche vor kurzer Zeit mit der Stadt gehabt. Von der Kapazität her ist es praktisch nicht möglich, dass sie für uns solche Arbeiten übernehmen könnten, genau das Gleiche gilt auch bei der Baubewilligung. Es ist so, wenn wir Probleme haben, haben wir immer Unterstützung von der Stadt. Vor einem Monat sind wir mit den Herren zusammen gekommen. Das ist kein Problem, aber dass wir ihnen feste Pensen zuteilen können, ist von der Kapazität her nicht möglich. Das sind glaube ich alle Fragen, die gestellt wurden.

ER-Präsident August Hafner (SP)

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Der Einwohnerrat nimmt von diesem Bericht Kenntnis.

Das Geschäft ist erledigt.



TRAKTANDUM 6 Interpellation Felix Tenger: Was passiert mit dem Tiefbauamt Neuhausen?

Begründung:

ER Felix Tenger (FDP)

Wir haben im vorherigen Traktandum ganz kurz von Synergien im Baubereich gesprochen. Das ist genau dieser Bereich, wo ich noch etwas nachhaken möchte und die Situation im Tiefbauamt etwas näher beleuchtet haben möchte. Die Tiefbauämter des Kantons und der Stadt Schaffhausen werden zur Zeit zusammengelegt. Aus irgendeinem Grund verläuft das Ganze zwar nicht mehr so dynamisch wie am Anfang, aber das ist hier ja kein Thema, aber offensichtlich sprechen Kanton und Stadt miteinander, wie sie Synergien bei den Tiefbauämtern nutzen könnten. Das ist an und für sich bereits ein Hinweis darauf, dass hier ähnliches Potential vorhanden sein muss. Denn die Stadt und der Kanton reden ja nicht einfach so miteinander. Leider! Was mich nun vor allem interessiert, ist, inwiefern Neuhausen in dieses Projekt involviert war oder ist? Denn wenn Stadt und Kanton miteinander sprechen, wäre es eigentlich ja naheliegend, dass Neuhausen auch mitmacht. Ich glaube nämlich, dass auch Neuhausen einiges einbringen könnte und gleichzeitig von Synergien im Bereich der Organisation, beim Maschinenpark oder beim Werkhof profitieren könnte, und zwar ohne dass die Leistungsqualität abnehmen würde. Das wäre von mir aus gesehen eine Situation, von der alle profitieren könnten. Auf Neudeutsch würde man von einer klassischen Win-Win-Situation sprechen. Offensichtlich ist Neuhausen bei diesen Gesprächen nur am Rande oder gar nicht dabei. Ich möchte deshalb vom Gemeinderat wissen, ob er die Vorteile einer Zusammenarbeit oder eines Zusammenschlusses sieht, ob er auch der Meinung ist, dass damit Einsparungen erzielt werden könnten und wie er sich das weitere Vorgehen vorstellt. Ich habe dazu konkrete Fragen gestellt, die Ihnen vorliegen. Ich verzichte auf ein nochmaliges Vorlesen und warte mit Interesse auf die Antwort des Gemeinderates.



GR Franz Baumann

Der Gemeinderat hat die Interpellation gerne entgegengenommen. Er wird sie aber nicht heute beantworten und zwar aus folgenden Gründen. Herr Tenger hat bereits angesprochen, dass eine vertiefte Zusammenarbeit über das Projekt sh.auf mit dem Kanton läuft. Ich kann Ihnen da nur folgendes sagen: Wir sind nicht nur am Rande dabei, sondern wir waren immer dabei. Es war nicht nur eine Person, sondern es waren mehrere Personen an allen Sitzung, die da stattfanden. Es ist einfach so, dass wir gesagt haben, wenn die Stadt mit dem Kanton zusammenarbeiten kann, dann können wir das auch. Das Projekt ist im Moment am laufen und es ist eine Sitzung angesagt und im Moment noch absolut offen. Mehr kann ich im Moment dazu nicht sagen. Wir werden Ihnen die Fragen aber zu einem späteren Zeitpunkt beantworten.

Das Geschäft ist einstweilen erledigt.



ER-Präsident August Hafner

Damit sind wir am Schluss der Traktandenliste und ich schliesse die heutige Sitzung. Wir sehen uns wieder am 3. November 2005.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

August Hafner
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin